

|  |                |                      |                 |
|--|----------------|----------------------|-----------------|
| <b>Vorlage</b>   |                | Vorlage-Nr:          | FB 45/0701/WP17 |
| Federführende Dienststelle:<br>Fachbereich Kinder, Jugend und Schule   |                | Status:              | öffentlich      |
| Beteiligte Dienststelle/n:   |                | AZ:                  |                 |
|  |                | Datum:               | 17.12.2019      |
|  |                | Verfasser:           | FB 45/100       |
| <b>Lehrerausbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und<br/>Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen<br/>Hier: Ratsantrag der FDP-Fraktion vom 08.10.2019</b> |                |                      |                 |
| <b>Beratungsfolge:</b>   |                |                      |                 |
| <b>Datum</b>   | <b>Gremium</b> | <b>Zuständigkeit</b> |                 |
| 13.02.2020   | Schulausschuss | Kenntnisnahme        |                 |

**Beschlussvorschlag:**

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

## Finanzielle Auswirkungen

|  |    |      |  |
|--|----|------|--|
|  | JA | NEIN |  |
|  |    | x    |  |

| <b>Investive<br/>Auswirkungen</b>              | Ansatz<br>20xx  | Fortgeschrieb<br>ener Ansatz<br>20xx | Ansatz<br>20xx ff.  | Fortgeschrieb<br>ener Ansatz<br>20xx ff. | Gesamt-<br>bedarf (alt) | Gesamt-<br>bedarf<br>(neu) |
|--|---|--------------------------------------|---|--|-------------------------|----------------------------|
|  | Einzahlungen  | 0                                    | 0   | 0  | 0                       | 0                          |
| Auszahlungen                                   | 0   | 0                                    | 0   | 0  | 0                       | 0                          |
| Ergebnis                                       | 0   | 0                                    | 0   | 0  | 0                       | 0                          |
| <b>+ Verbesserung /<br/>- Verschlechterung</b> | 0   |                                      | 0   |  |                         |                            |
|  | Deckung ist gegeben/ keine<br>ausreichende Deckung<br>vorhanden |                                      | Deckung ist gegeben/ keine<br>ausreichende Deckung<br>vorhanden |  |                         |                            |

| <b>konsumtive<br/>Auswirkungen</b>             | Ansatz<br>20xx  | Fortgeschrieb<br>ener Ansatz<br>20xx | Ansatz<br>20xx ff.  | Fortgeschrieb<br>ener Ansatz<br>20xx ff. | Folgekoste<br>n (alt) | Folgekost<br>en (neu) |
|--|---|--------------------------------------|---|--|-----------------------|-----------------------|
|  | Ertrag  | 0                                    | 0   | 0  | 0                     | 0                     |
| Personal-/<br>Sachaufwand                      | 0   | 0                                    | 0   | 0  | 0                     | 0                     |
| Abschreibungen                                 | 0   | 0                                    | 0   | 0  | 0                     | 0                     |
| Ergebnis                                       | 0   | 0                                    | 0   | 0  | 0                     | 0                     |
| <b>+ Verbesserung /<br/>- Verschlechterung</b> | 0   |                                      | 0   |  |                       |                       |
|  | Deckung ist gegeben/ keine<br>ausreichende Deckung<br>vorhanden |                                      | Deckung ist gegeben/ keine<br>ausreichende Deckung<br>vorhanden |  |                       |                       |

**Erläuterungen:**

Mit Datum vom 08.10.2019 stellt die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen einen Ratsantrag mit dem Betreff „Lehrerbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen“ (siehe Anlage).

Zur Beantwortung dieses Antrages ist die Vorlage der StädteRegion Aachen Nr. 2019/0468-E1 mit dem Betreff „Lehrerbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen - Antrag der FDP-Städteregionstagsfraktion vom 09.10.2019, Interfraktioneller Antrag für die Sitzung des Städteregionsausschusses am 28.11.2019“, welche am 28.11.2019 im Städteregionsausschuss beraten worden ist, in der Anlage beigefügt.

Der Ratsantrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen Nr. 557/17 vom 08.10.2019 gilt damit als erledigt.

**Anlagen:**

1. Vorlage Nr. 2019/0468-E1 der StädteRegion Aachen
2. Ratsantrag der FDP-Fraktion vom 08.10.2019

# 2019/0468–E1

## Beschlussvorlage

vom 22.11.2019

öffentliche Sitzung

### Lehrerausbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen – Antrag der FDP–Städteregionstagsfraktion vom 09.10.2019, Interfraktioneller Antrag für die Sitzung des Städteregionsausschusses am 28.11.2019

#### Beratungsreihenfolge

| Datum      | Gremium                |
|------------|------------------------|
| 28.11.2019 | Städteregionsausschuss |

#### Beschlussvorschlag:

Der Städteregionsausschuss unterstützt alle Bemühungen, dem eklatanten Mangel an Lehrkräften im Grundschulbereich entgegenzuwirken. Er bittet die Landesregierung, die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an Grundschulen über neue Studienplätze zu erweitern. Er setzt sich dafür ein, wieder ein regionales Studienangebot aufzubauen und bittet die Landesregierung, die RWTH Aachen zeitnah mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, um ein Studium zum Grundschullehramt anbieten zu können.

#### Sachlage:

Der Antrag der FDP–Städteregionstagsfraktion „Lehrerausbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen“ vom 09.10.2019 war Gegenstand der Sitzungsvorlage 2019/0468 im Ausschuss für Schulen und Bildung am 07.11.2019.

Nach intensiver Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, für die Sitzung des Städtereionsausschusses am 28.11.2019 einen ausführlichen Sachstandsbericht vorzulegen. Mit dem beigefügten, am 21.11.2019 eingegangenen interfraktionellen Antrag vom 15.11.2019 bitten die CDU-Städtereionstagsfraktion, die SPD-Städtereionstagsfraktion, die GRÜNE-Städtereionstagsfraktion, die FDP-Städtereionstagsfraktion und die DIE LINKE-Städtereionstagsfraktion o.a. Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen.

#### Sachstandsbericht:

Zunächst wird auf die Mitteilungsvorlage Nr. 2018/0403-E1 verwiesen. Auf Antrag der CDU-Städtereionstagsfraktion und der GRÜNE-Städtereionstagsfraktion vom 05.09.2018 legte die Verwaltung für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung bereits am 15.11.2018 einen umfassenden und differenzierten Sachstandsbericht zur Lehrerausstattung an Grund- und Förderschulen vor.

Das Grundschullehramt sowie das Lehramt Sonderpädagogik werden seit der Schließung der Pädagogischen Hochschule im Jahr 1980 am Standort Aachen nicht mehr angeboten. Da sich der überwiegende Anteil junger Lehrkräfte aufgrund der sozialen Bindungen auf Stellen am Studienort bewirbt, gehört der hiesige Schulamtsbezirk zu den derzeit vom Lehrermangel an Grund- und Förderschulen besonders stark betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen. Die o.a. Vorlage Nr. 2018/0403-E1 zeigt verschiedene Lösungsansätze in Landes- und regionaler Verantwortung auf, um eine ausreichende Unterrichtsversorgung an den Grund- und Förderschulen sicher zu stellen. Dazu gehört das Engagement der Verwaltung für die Erweiterung des Studienangebotes an der Rheinisch-Westfälisch-Technischen Hochschule (RWTH).

Wie der aktuelle „Sachstandsbericht Lehrerversorgung in der StädteRegion“ (vgl. Anlage 2) deutlich macht, ist die Stellenbesetzungssituation im Schulamtsbezirk zunehmend kritisch. Die regionale Prognose zeigt auf, dass sich der Lehrermangel in den nächsten Jahren aufgrund mangelnder Studienabsolventen, hoher Schülerzuwächse und überproportionaler Berufsaustritte weiter extrem zuspitzen wird.

Nach Prognosen des Ministeriums für Schule und Bildung können frühestens zum Schuljahr 2032/33 alle Stellen an Grundschulen wieder mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden!

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Verwaltung seit 2017 auf allen Ebenen im Dialog mit den verantwortlichen Akteuren. Ziel ist es, auf Landes- und regionaler Ebene Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrerversorgung auf den Weg zu bringen.

## Dialog im Netzwerk der verantwortlichen Akteure

### 1. Dialog mit dem Staatssekretär:

Auf die angespannte Situation des Fachkräftemangels an den Grundschulen in der StädteRegion Aachen hat Städteregionsrat Helmut Etschenberg a.D. Herrn Staatssekretär Mathias Richter bereits bei seinem Antrittsbesuch am 20. September 2017 aufmerksam gemacht. Dabei regte der Städteregionsrat an, das Spektrum der Lehramtsausbildungen an der Rheinisch-Westfälisch Technischen Hochschule (RWTH) auszudehnen und bat den Staatssekretär, sich dafür im Wissenschaftsministerium einzusetzen. (Anlage 3)

### 2. Dialog mit der RWTH:

Im Netzwerk der Bildungsregion pflegt die StädteRegion Aachen gute Kooperationen mit den Hochschulen. So ist die RWTH im Lenkungskreis des Regionalen Bildungsnetzwerkes vertreten. Der Lenkungskreis befasst sich regelmäßig mit aktuellen Themen der regionalen Bildungsentwicklung und somit auch mit dem Fachkräftemangel.

- Im vertiefenden, konstruktiven Dialog mit dem Rektorat wurde die Option der Erweiterung der Studiengänge an der RWTH erstmals im September 2018 beraten. Dabei wurden Chancen für die Attraktivität des Hochschulstandortes, für die MINT-Förderung sowie für grenzüberschreitende Kooperationen in der Region genauso in den Blick genommen wie die derzeitigen Ressourcengrenzen an der RWTH. Deutlich ist, dass eine eventuelle Studiengangerweiterung die entsprechende Unterstützung und die notwendigen Ressourcen aus dem Schul- und dem Wissenschaftsministerium erfordert.
- Derzeit werden Lehramtsstudierende für die Oberstufe an der RWTH über Bedarf ausgebildet. Bis 2026 liegt als Folge des G9 die Versorgungsquote für den Sek-II bei ca. 105 %. Bis dahin wird es im Gymnasial-Kapitel kaum Einstellungen geben. Aus dem Problem des Lehrermangels an Grundschulen ergibt sich eine Chance für die angehenden Sek-II-Lehrkräfte ohne Jobangebot.
- Die Impulse aus dem Dialog der Verwaltung mit der RWTH zur frühzeitigen Umorientierung von Studierenden aus dem Sek-II-Bereich sowie die Ideen für eine modulare Zusatzqualifikation für den Einsatz in Grundschulen werden derzeit im landesweiten Dialog der Hochschulen mit den Ministerien und den Zentren für Lehrerausbildung beraten. Studierende von Überhanglehrämtern und Überhangfächern des Sek-II bzw. Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter während des Vorbereitungsdienstes sollen frühzeitig in Richtung Grundschullehramt umorientiert werden. Dabei werden flexible Wechselmöglichkeiten von Anfang an in den Blick genommen.

### 3. Appell der Bildungsdezernate an die Schulministerin:

Mit Schreiben vom 04.06.2019 an die Schulministerin Frau Yvonne Gebauer hat die städteregionale Konferenz der Schul- und Bildungsdezernentinnen und -dezernenten unter der Geschäftsführung des Dezernates für Bildung, Jugend und Strukturentwicklung der StädteRegion Aachen ebenfalls dringenden Handlungs-

bedarf angezeigt und die Umsetzung von Akutmaßnahmen zur Verbesserung der Lehrerversorgung eingefordert. Explizit wurde dabei auf die Möglichkeit der Einbindung der RWTH bei Lösungswegen aus dem regionalen Fachkräfteproblem hingewiesen. (Anlage 4)

4. Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden:

Im engen Austausch mit dem Landkreistag Nordrhein–Westfalen und dem Städtetag Nordrhein–Westfalen wurden pragmatische Lösungsansätze aus der StädteRegion beraten, an das Schulministerium herangetragen und dort geprüft. Im Referentenentwurf des 15. Schulrechtsänderungsgesetzes ist entsprechend vorgesehen, die Möglichkeiten zur Verbeamtung zu erweitern. Lehrerinnen und Lehrer für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen sollen (wie für die Sek. I bereits möglich) nach einer praktischen Bewährung an einer Grundschule auch das Grundschullehramt erwerben können. Das macht den Verbleib von Oberstufenlehrkräften an Grundschulen attraktiver. Um den besonderen Anforderungen für die Lehrtätigkeit an Grundschulen Rechnung zu tragen, wird darüber hinaus gefordert, eine fundierte berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme für Sek–II–Absolventen, die im Grundschullehramt tätig sind, am Aachener Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung einzurichten.

5. Kooperation mit Ostbelgien:

Chancen zur Bewältigung des Lehrkräftemangels ergeben sich gegebenenfalls auch aus der Zusammenarbeit zwischen StädteRegion und Ostbelgien. Während in Ostbelgien der Mangel besonders im Bereich der Sekundarschule besteht, verzeichnet die StädteRegion eine klaffende Lücke im Primarbereich. In ihrem Arbeitstreffen im Oktober 2019 haben sich Städteregionsrat Dr. Grüttemeier und der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Paasch über gemeinsame Strategien ausgetauscht.

6. Auf Einladung der schulpolitischen Sprecherin der FDP–Fraktion im Landtag, Frau Müller–Rech, nahmen für das Schulamt für die StädteRegion Aachen die Amtsleiterin Frau Meyering, Herr Schulrat Funk als Stellengeneralist und Frau Zaki als Vorsitzende des Örtlichen Lehrpersonalrates an einem beratenden Austausch am 30.10.2019 zum Thema Lehrerversorgung an Grundschulen teil, um mit dem Blick aus der Praxis und den Erfahrungen vor Ort Impulse zu setzen.

7. Auf Einladung von Herrn Dr. Werner Pfeil, Mitglied der FDP–Landtagsfraktion, vom 13.11.2019 nimmt Herr Dezernent Terodde i.V. des Städteregionsrates Dr. Grüttemeier am 16.12.2019 am „Runden Tisch in Düsseldorf – Grundschullehrerausbildung in Aachen“ im Landtag teil.

Die Verwaltung initiiert darüber hinaus eigene Lösungsansätze zur Stärkung der Grundschulen vor Ort:

### Städteregionale Initiativen

1. „Werkstatt für Lehrkräfte ohne Lehramt“:

Ein staatliches Qualifizierungsangebot wird für befristet Beschäftigte, die als Vertretungslehrkräfte eingesetzt sind, ohne über einen Lehramtsabschluss zu verfügen, nicht vorgehalten. Viele dieser Kräfte bringen aus ihren beruflichen Hintergründen interessante Impulse in das schulische Team, werden von den Kollegien für ihre gute und engagierte Arbeit geschätzt und – sofern ein weiterer Vertretungsgrund besteht – weiterbeschäftigt. Nach Jahren in Kettenverträgen gehen viele von ihnen in ein unbefristetes Vertragsverhältnis über – mit wertvollen gesammelten Praxiserfahrungen, jedoch ohne gesicherte staatliche Qualifizierung. Im Pilotprojekt der Städteregion Aachen unterstützt das Schulamt in Kooperation mit dem Bildungsbüro und dem Verein „Partner für Bildung“ die „Lehrkräfte ohne Lehramt“. In der „Werkstatt“ lernen befristet beschäftigte Vertretungslehrkräfte in sechs Modulen Grundinstrumente für ihre Arbeit mit Kindern im Grundschulalter kennen, werden durch die Vernetzung und im Austausch mit Experten und Kollegen methodisch und fachlich gestärkt. Das Unterstützungsangebot orientiert sich an Fragen aus der Praxis und berücksichtigt die aktuellen Richtlinien und Lehrpläne. Es wurde erstmals im 2. Schulhalbjahr 2018/2019 erfolgreich erprobt und wird für den Absolventenkreis im Schuljahr 2019/2020 in einer „Aufbau-Werkstatt“ fortgesetzt. Für das zweite Schulhalbjahr 2019/2020 ist ab Februar 2020 geplant, neue Quereinsteiger in einer „Basiswerkstatt“ für ihren Einsatz an Grundschulen zu stärken.

2. Die Erfahrungen aus der Praxis des städteregionalen Pilotprojektes KOBISI (Koordinerungs- und Beratungsstelle für systemische Inklusionshilfe an Schule) sprechen für den Ansatz, Schulen aller Schulformen durch den Einsatz multiprofessioneller Kräfte zu stärken. Im Schuljahr 2019/2020 arbeiten in der StädteRegion Aachen 23 systemisch verankerte Inklusionsassistenzen an 21 Schulen des gemeinsamen Lernens. Durch den Einsatz dieser nicht-lehrenden Kräfte können sich die Lehrkräfte besser auf ihre pädagogische Aufgabe konzentrieren. Davon profitieren nicht nur die Schülerinnen und Schüler, die besondere Unterstützung zur Teilhabe am Lernort Schule benötigen. Alle Schülerinnen und Schüler gewinnen Lernzeit.

Das Ministerium für Schule und Bildung setzt akute Maßnahmen gegen den Lehrermangel. So wurden die Bedingungen einer Tätigkeit für Pensionäre verbessert und das Lehramt an Grundschulen für Absolventen anderer Lehrämter geöffnet. Im Rahmen der Neuausrichtung der Inklusion hat das Ministerium zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Teams an Schulen der Sekundarstufe I geschaffen und im Grundschulkapitel die Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase ausgebaut.

Die bisherigen Maßnahmen des Schulministeriums greifen jedoch noch zu kurz.

Aktuell werden im Primarbereich, in dem es für den Lernerfolg der Kinder besonders auf Kompetenz und Erfahrung der Lehrkräfte, auf kontinuierliche Beziehungen und auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit im multiprofessionellen Team ankommt, Personallücken mit temporär Beschäftigten, mit gar nicht oder unzureichend nachqualifiziertem Personal geschlossen.

Unmittelbar betroffen sind mindestens vier „Grundschulgenerationen“.

Vor diesem Hintergrund regt die Verwaltung der StädteRegion an, dass landesseitige Maßnahmen zur Unterrichtssicherung und Personalgewinnung weiter ausgebaut werden:

1. Der Stellenpool für Kräfte anderer Professionen an Schulen (z. B. für die Schulsozialarbeit, für Schulverwaltungs- und Inklusionsassistenzen, IT-Administration, ect.) die grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer für die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben entlasten, muss im Primarbereich erweitert und bedarfsdeckend ausgebaut werden.
2. Während Seiteneinsteiger, die über einen nicht lehramtsbezogenen, jedoch fachbezogenen Schulabschluss verfügen, an weiterführenden Schulen berufsbegleitend den Vorbereitungsdienst absolvieren und damit das entsprechende volle Lehramt erwerben können, ist in der Grundschule der Seiteneinstieg nur für die Fächer Kunst, Musik, Sport und Englisch und über eine einjährige Pädagogische Einführung möglich. Die StädteRegion schlägt vor, dass der Seiteneinstieg an Grundschulen auf die Fächer Mathematik und Deutsch sowie auf die MINT-Fächer erweitert wird und dass eine entsprechende grundschulspezifische berufsbegleitende OBAS-Ausbildung zum Erwerb des vollen Grundschullehramtes führt.
3. Die Anforderungen an die Ausbildung von Grundschullehrkräften sind hoch. In dem fünfjährigen Studium und der anschließenden 18monatigen schulpraktischen Lehrerausbildung eignen sich die Lehrkräfte die fachlichen und didaktischen Kompetenzen an, die sie für den Unterricht an Grundschulen benötigen. Sie studieren nicht zwei, sondern drei Fächer und erwerben vertiefte Kenntnisse über Entwicklungsphasen der Schülerinnen und Schüler. Dennoch besoldet das Land Grundschullehrkräfte bei gleicher Ausbildungsdauer schlechter als Lehrkräfte, die die Befähigung für das Lehramt an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs erworben haben. Vor diesem Hintergrund betrachtet die StädteRegion Aachen die Anpassung der Besoldung als dringend geboten.

Für Maßnahmen, die die Unterrichtsversorgung vor Ort sichern, sind die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene zu gestalten. Die zuständigen Ministerien benötigen dazu entsprechende Ressourcen im Landeshaushalt. Dazu ist die Unterstützung durch die regionalen Mitglieder des Landtags unabdingbar.

**Rechtslage:**

Gem. § 5 Abs. 1 S. 2 der Geschäftsordnung für den Städteregionstag und die Ausschüsse in der z. Zt. gültigen Fassung der 2. Änderung vom 11.04.2019 handelt es sich bei dem als Anlage beigefügten Antrag, um einen Antrag zu einem bestehenden Tagesordnungspunkt, welcher spätestens drei Arbeitstage vor dem Sitzungstermin eingegangen sein muss.

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Landes. § 86 Schulgesetz NRW (SchulG) hält fest, dass die Gesamtheit der landesseitigen Befugnisse zur zentralen Ordnung, Organisation, Planung, Leitung und Beaufsichtigung des Schulwesens ein Schulsystem gewährleisten sollen, das allen jungen Menschen ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Lehrerinnen und Lehrer an den öffentlichen Schulen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände stehen im Dienst des Landes § 57 SchulG. Gemäß § 88 Absatz 3 SchulG nehmen die staatlichen Schulämter in ihrem Gebiet die Schulaufsicht über die Grundschulen und die Fachaufsicht über die Haupt- und die Förderschulen wahr. Dazu gehört die Verwaltung der landesseitig zur Verfügung gestellten Personalstellen an den Grundschulen des Schulamtsbezirkes.

**Personelle Auswirkungen:**

Keine

**Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen:**

Keine

**Soziale Auswirkungen:**

Grund- und Förderschulen leisten einen fundamentalen Beitrag in der Bildungskette. In den letzten Jahren sind die Herausforderungen und die Anforderungen gestiegen. Während Zuwanderung und steigende Geburtenzahlen für einen Schülerboom sorgen, wird die Schülerschaft heterogener. Kinder mit Behinderungen, aus benachteiligten Familien, mit besonderen Begabungen oder mit Fluchtgeschichte haben größere Unterstützungsbedarfe. Sie alle brauchen guten Unterricht und eine individuelle Förderung. Um faire Bildungschancen für alle Kinder zu schaffen, bedarf es einer Sicherung des Unterrichts und der Unterrichtsqualität durch gut ausgebildete Lehrkräfte.

Im Auftrag:

gez. Terodde

**Anlage:**

- Lehrerausbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen. Interfraktioneller Antrag für den SRA am 28.11.2019 (Anlage 1)
- Sachstandsbericht Lehrkräftemangel in der Städteregion Aachen (Anlage 2)
- Schreiben an Staatssekretär Richter MSB (Anlage 3)
- Schreiben der Bildungsdezernenten an Ministerin Gebauer (Anlage 4)

**CDU-Städteregionstagsfraktion  
SPD- Städteregionstagsfraktion  
GRÜNE-Städteregionstagsfraktion  
FDP-Städteregionstagsfraktion  
LINKE-Städteregionstagsfraktion**

**Herrn  
Städteregionsrat  
Dr. Tim Grüttemeier**

**- im Hause –**

**Aachen, den 15.11.2019**

**Lehrerbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen**

**hier: interfraktioneller Antrag für die Sitzung des Städteregionsausschusses am 28.11.2019**

Sehr geehrter Herr Dr. Grüttemeier,

hiermit möchten wir Sie – unter Bezug auf die ausführlichen Diskussion im letzten Schulausschuss - freundlich bitten, zum o. g. Tagesordnungspunkt in der Tagesordnung des Städteregionsausschusses am 28.11.2019 folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen:

Der Städteregionsausschuss unterstützt alle Bemühungen, dem eklatanten Mangel an Lehrkräften im Grundschulbereich entgegenzuwirken.

Er bittet die Landesregierung, die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an Grundschulen über neue Studienplätze zu erweitern.

Er setzt sich dafür ein, wieder ein regionales Studienangebot aufzubauen und bittet die Landesregierung, die RWTH Aachen zeitnah mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, um ein Studium zum Grundschullehramt anbieten zu können.

**Begründung:**

Die Städteregion hält es für dringend geboten, dem Lehrermangel an Grundschulen mit der Schaffung neuer Studienplätze zu begegnen. Dazu sollten nicht nur die Kapazitäten an den vorhandenen Studienorten für das Grundschullehramt ausgebaut werden, sondern auch in weiteren Regionen ein neues Studienangebot eingerichtet werden. Erfahrungsgemäß kann über die Ausbildung in der Region der Verbleib von Lehrkräften nach dem Studium zum Eintritt in den Lehrberuf erreicht werden, der sogenannte „Klebeeffekt“, nachdem viele Lehramtsstudenten und -studentinnen gerne in der Nähe ihres Studienortes in den Schuldienst gehen.

Um zeitnah zu einer Erweiterung der Studienkapazitäten und zur Errichtung neuer Studienplätze in unserer Region kommen zu können, sollte seitens des Schul- und des Wissenschaftsministeriums geprüft werden, inwieweit die vorhandenen Kompetenzen und Kapazitäten der RWTH Aachen in der Ausbildung von Lehrkräften für den Sekundarbereich erweitert werden können für den Primarbereich, insbesondere auch im Hinblick der Angebote in Pädagogik und Didaktik. Die Bereitschaft der RWTH Aachen vorausgesetzt, müssen dazu entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.

Die Städteregion hält neben dem Ausbau von Studienplätzen eine Aufwertung des Berufsbildes der Grundschullehrer und -lehrerinnen für notwendig, um junge Menschen für dieses Studium zu gewinnen. Eine verbesserte Wahrnehmung dieses Berufes träge der gesellschaftlichen Bedeutung des Primarbereiches für den Bildungsweg unserer Kinder Rechnung.

#### Zum Verfahren:

Die antragstellenden Fraktionen ermächtigen die Verwaltung, einen vom zuvor formulierten Beschlussvorschlag abweichenden Beschlussvorschlag in die Sitzungsvorlage aufzunehmen, sofern dieser abweichende Beschlussvorschlag entsprechend begründet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Thönissen



Martin Peters



Ingrid von Morandel



Georg Helg



Uwe Löh

#### Verteiler:

- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- GRÜNE-Fraktion
- FDP-Fraktion
- Fraktion Die Linke
- Piraten/UFW-Gruppe
- Städteregionsrat Dr. Grüttemeier (Dez. I)
- Herr Jansen (Dez. II)
- Herr Prof. Dr. Ziemons (Dez. III)
- Herr Jücker (Dez. IV)
- Herr Terodde (Dez. V)
- Pressestelle (S 13)
- Herr Leyendecker (A 10.1)
- Herr Jonek (A 10.1)
- Frau Juchem (A 10.1)

# Sachstandsbericht Lehrkräftemangel in der Städteregion Aachen

## Stellenbesetzungssituation im Schulamtsbezirk

Viermal jährlich (jeweils zum Schuljahresbeginn, zum 01.11., zum Beginn des Schulhalbjahres am 01.02. und zum 01.05.) werden Stellen für Grundschullehrkräfte, Sonderpädagogen und sozialpädagogische Fachkräfte an den 88 Grundschulen (davon acht mit Teilstandort) im Schulamtsbezirk ausgeschrieben. Darüber hinaus werden auch unterjährig, z.B. für langzeiterkrankte Lehrkräfte oder Lehrkräfte in Elternzeit, befristete Vertretungen gesucht.

In der Städteregion Aachen konnten zum Schuljahresbeginn 2019/2020 von 65 ausgeschriebenen Stellen für Grundschullehrkräfte nur 16 Stellen besetzt werden. Davon verfügt lediglich ein Viertel der Kräfte über die Lehrbefähigung für die Grundschule. 12 Lehrkräfte sind ausgebildete Oberstufenlehrerinnen und -lehrer, die im Übergang zum Einsatz in der gymnasialen Oberstufe für zwei Jahre in der Grundschule tätig sind. Darüber hinaus haben 14 Sozialpädagoginnen und -pädagogen unbefristete Verträge für ihren Einsatz in der Schuleingangsphase unterzeichnet. Acht ausgeschriebene Sonderpädagogstellen blieben unbesetzt.

Im schulscharfen Ausschreibungsverfahren für die Einstellung zum 1.11.2019 ergab sich mit Stand vom 31.10.2019 folgende Besetzungssituation:

|                       | ausgeschriebene Stellen | besetzt   | unbesetzt |
|-----------------------|-------------------------|-----------|-----------|
| Sonderpädagogen im GL | 8                       | 0         | 8         |
| Vertretungsreserve    | 11                      | 0         | 11        |
| Grundschullehrkräfte  | 41                      | 30        | 11        |
| <b>insgesamt</b>      | <b>60</b>               | <b>30</b> | <b>30</b> |

Von 16 Stellen in der Vertretungsreserve, mit der in der Vergangenheit krankheitsbedingte Unterrichtsausfälle vermieden werden konnten, sind aktuell nur drei Stellen besetzt. Absehbar ist, dass im Vertretungsreservepool in Kürze keine „Springer“ mehr zur Verfügung stehen.

Zum 1. November 2019 sind 50 % der ausgeschriebenen Stellen leer gelaufen. Ein Teil der Stellen für Grundschullehrkräfte wird vorübergehend mit Lehrkräften mit fachfremden Lehramtsabschlüssen besetzt. Vertretungen werden von befristet beschäftigten Kräften ohne pädagogische Ausbildung wahrgenommen.

Der Lehrermangel ist spürbar in den Grundschulen angekommen. Er belastet Lehrkräfte und Kinder. Zur Sicherung der Stundentafel muss regelmäßig Mehrarbeit angeordnet werden und werden zunehmend Lehrkräfte aus auskömmlich versorgten Systemen zeitweise in besonders belastete Schulen abgeordnet, um dort Unterricht aufzufangen. Klassen werden zusammengelegt oder Schülerinnen und Schüler auf Klassen verteilt. Unterricht wird fachfremd erteilt oder entfällt. Fördermaßnahmen werden gestrichen. Das pädagogische

Kernangebot kann an vielen Schulen dadurch aufrechterhalten werden, dass alle Kräfte im multiprofessionellen Team flexibel sind und zum Teil Aufgaben außerhalb ihrer gelernten Profession übernehmen.

### Entwicklung des regionalen Stellenbedarfs

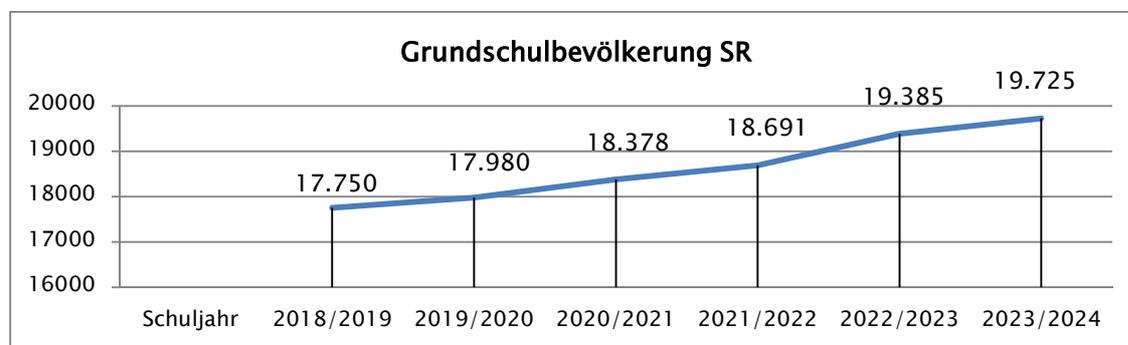
Ein Blick auf die Entwicklung der Stellenausschreibungen verdeutlicht den zunehmenden Stellenbedarf sowie die Problematik, dass das Schulamt aufgrund des Leerlaufs von Stellen einen anwachsenden Pool vakanter Stellen vor sich herschiebt:

| Stellenausschreibungen zum Schuljahresbeginn | Grundschullehrkräfte & Sonderpädagogen | Sozialpädagogische Fachkräfte | insgesamt |
|--|--|-------------------------------|-----------|
| 2016/2017                                    | 14                                     |                               | 14        |
| 2017/2018                                    | 44                                     | 1                             | 45        |
| 2018/2019                                    | 48                                     | 13                            | 61        |
| 2019/2020                                    | 73                                     | 14                            | 87        |



Zugleich wächst der Stellenbedarf im hiesigen Schulamtsbezirk in den nächsten Jahren durch hohe Schülerzuwächse und überproportionale Berufsaustritte.

Im Schuljahr 2019/2020 wurden in der Städteregion Aachen etwa 400 Erstklässler mehr eingeschult als 2018/2019 (4339 SuS). Für das Schuljahr 2020/2021 kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zahlen weiter auf über 5.000 Erstklässler erhöhen.

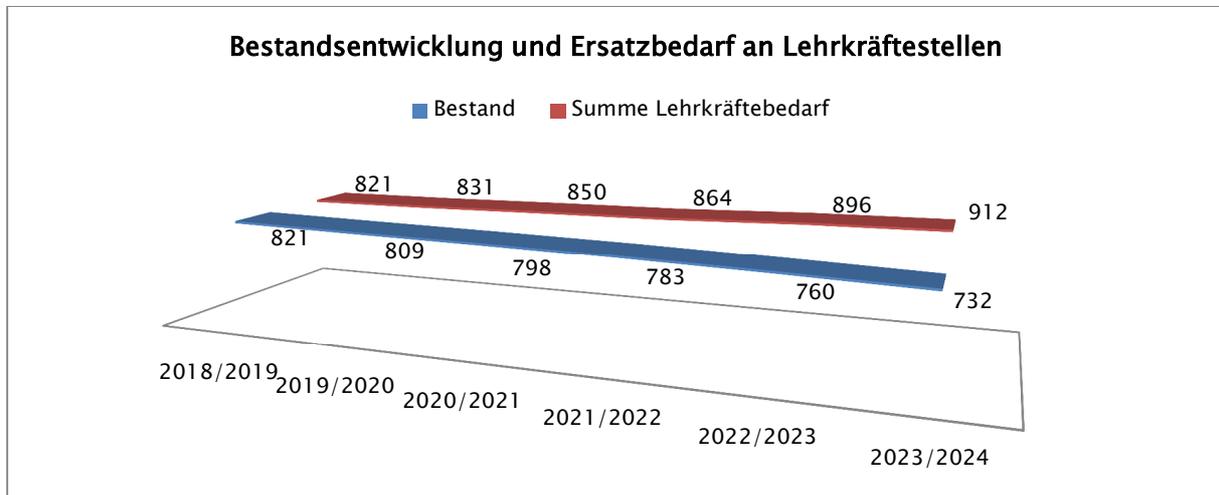


Quelle: Stadt Aachen FB02/200 Statistikstelle lt. Melderegister der Stadt Aachen sowie Einwohnermeldedaten der weiteren städteregionsangehörigen Kommunen jeweils zum Stichtag 31.12. Berechnung und Darstellung: A 58 - Amt für Inklusion und Sozialraumplanung und A 41 - Schulamt für die Städteregion Aachen. Hinweis: Die Angaben für die Schuljahre 2018/2019 bis 20123/24 wurden jeweils auf 5 gerundet. Bei der Berechnung wurden abweichende Einschulungszeitpunkte sowie Zu- und Abwanderungen nicht berücksichtigt.

Nach defensiver Schätzung wächst die Grundschulbevölkerung in der StädteRegion in den nächsten fünf Jahren um etwa 2.000 Schülerinnen und Schüler an. Ausgehend von einer Schüler-Lehrer-Relation von 21,95 (allein für den Grundbedarf) ergibt sich daraus ein Mehrbedarf gegenüber dem laufenden Schuljahr von 91 Lehrkräften in Vollzeit.

Laut der Prognose zum Lehrkräftearbeitsmarkt des Ministeriums für Schule und Bildung erreicht landesweit ein Viertel aller Grundschullehrkräfte die Pensionierungsgrenze in den nächsten 15 Jahren. In der Städteregion ist **ein Drittel aller Lehrkräfte**, die derzeit an Grundschulen in der Städteregion Aachen arbeiten, über 50.

Der Stellenbedarf aufgrund steigender Schülerzahlen und sinkender Bestandszahlen durch Berufsaustritte lässt sich prognostisch nur ungefähr abbilden. Nicht alle Faktoren können vorausgesehen und berücksichtigt werden. Dennoch macht die u.a. Grafik eine besorgniserregende Tendenz deutlich.



Quelle: Eigene Berechnungen der Bestandsentwicklung durch voraussichtliche Berufsaustritte sowie Zusatzbedarf aufgrund der Geburtenentwicklung. (Faktoren wie frühzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben durch Berufsunfähigkeit bereits vor der Altersgrenze, Übergang der Lehrkräfte in das Sek.-II-Kapitel, Zusatzbedarfe durch den Ausbau von Ganztagschulplätzen und Zuwanderung, z.B. durch Familiennachzug sind nicht berücksichtigt.)

Um auch zukünftig den normalen Unterrichtsbedarf decken zu können, müssten in den nächsten fünf Jahren mindestens 180 Lehrkräfte in Vollzeit allein für den hiesigen Schulamtsbezirk hinzugewonnen werden.

Nach Prognosen des Ministeriums für Schule und Bildung können frühestens zum Schuljahr 2032/33 alle Stellen an Grundschulen wieder mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden. Deshalb werden zunehmend fachfremde Lehrkräfte an Grundschulen eingesetzt.

Aktuell unterrichten 36 ausgebildete Sek. II-Lehrkräfte Grundschulklassen in der Städteregion. Nach zwei Jahren Lehrtätigkeit im Primarbereich erhalten sie das Angebot für ein Lehramt an einem Gymnasium, einem Berufskolleg oder einer Gesamtschule. Einige dieser Kräfte äußern frühzeitig ihr Interesse daran, im Grundschulkapitel zu verbleiben. Da sie nach heutiger Rechtslage dafür auf die Verbeamtung verzichten und eine niedrigere Besoldung (EG 11 statt A 13) in Kauf nehmen müssen, lassen sich im laufenden Schuljahr sechs von sieben Oberstufenkolleginnen, die die Möglichkeit dazu haben, an eine Schule des Sek.-II versetzen. Die Überleitung der Kräfte an weiterführende Schulen mit Oberstufe bringt mehrfache Probleme mit sich. Sie reißt die temporär an Grundschulen geschlossene Personallücke wieder auf. Lehrkräfte mit Überhangfächern besetzen Stellen an weiterführenden Schulen, die Lehrkräfte mit Mangelfächern brauchen. Der ständige Personalwechsel an den Grundschulen bringt Unruhe in die Systeme. Das didaktische Coaching und die Begleitung der für Grundschule nur unzureichend ausgebildeten Kräfte belasten die ohnehin unterversorgten Systeme über ihre Leistungsgrenzen hinaus.

Um Unterrichtsausfall zu vermeiden, werden auf befristete Vertretungsstellen sog. „Nichterfüller“ eingestellt. Im Schuljahr 2019/2020 unterrichten an städteregionalen Grundschulen mehr als 70 „Lehrerinnen und Lehrer ohne Lehramt“ auf Vertretungsstellen.



Schulamt für die Städteregion Aachen · 52090 Aachen

Ministerium für Schule und Bildung

Herrn Staatssekretär

Mathias Richter

Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

---

## Unser Gespräch vom 20. September 2017

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Richter,

vielen Dank für den konstruktiven Austausch am 20. September 2017, der für den weiteren Ausbau der guten Zusammenarbeit zwischen dem Land NRW und der Städteregion Aachen steht.

Über Ihr nachdrückliches Interesse an unseren Maßnahmen und Ideen im Bereich von Schule und Bildung freue ich mich. Gern komme ich Ihrem Wunsch nach, Sie vertiefend über die relevanten angesprochenen Themen zu informieren.

Das Ministerium hat erste Sofortmaßnahmen zur **Bekämpfung des Lehrermangels** insbesondere an den Grundschulen auf den Weg gebracht. Ich teile die Überzeugung, dass Unterrichtsausfall mit allen Mitteln, d.h. zunächst auch durch den Einsatz von Lehrkräften anderer Fachrichtungen, durch Seiteneinsteiger und Vertretungskräfte aufgefangen werden muss. Durch die beginnende Pensionswelle der geburtenstarken Jahrgänge wird das Problem des Lehrermangels in den nächsten Jahren jedoch weiter anwachsen. Der Ausbau von Studienplätzen insbesondere für Grund- und Sonderschullehrkräfte ist deshalb dringend erforderlich. Da sich der Fachkräftemangel in Randlagen besonders bemerkbar macht und die Qualität von Bildung gerade an einem Hochschulstandort entscheidend vom Lehrpersonal abhängt, regt die Städteregion Aachen an, das Spektrum der Lehramtsausbildung in Aachen wieder auszudehnen.

### A 41 Schulamt

**Dienstgebäude**  
Zöllernstraße 10  
52070 Aachen

**Telefon Zentrale**  
0241 / 5198 - 0

**Telefon Durchwahl**  
0241 / 5198 -4100

**Telefax**  
0241 / 5198 - 4199

**E-Mail**  
schulamt@staedteregion-  
aachen.de

**Auskunft erteilt**  
Frau Meyering

**Zimmer**  
E 287

**Aktenzeichen**  
A 41 - Schulamt

**Datum**  
12.10.2017

**Telefax Zentrale**  
0241 / 53 31 90

**Bürgertelefon**  
0800 / 5198 000

**Internet**  
[http://www.  
staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

**Bankverbindungen**  
Sparkasse Aachen  
BLZ 390 500 00  
Konto 304 204  
SWIFT AACSDDE33  
IBAN DE2139050000  
0000304204

Postgirokonto  
BLZ 370 100 50  
Konto 1029 86-508 Köln  
SWIFT PBNKDEFF  
IBAN DE5237010050  
0102986508

**Erreichbarkeit**  
Buslinien 1, 3, 7, 11, 13,  
14, 21, 27, 33, 34, 37,  
46, 56, 57, 77, 163 bis  
Haltestelle Normaluhr.  
Ca. 5 Minuten Fußweg  
vom Hauptbahnhof.



Ich bitte Sie, sich dafür im Wissenschaftsministerium einzusetzen.

Gern bekräftige ich darüber hinaus den Vorschlag der Regierungsfraktionen aus dem Koalitionspapier, schulische Systeme durch Fachkräfte anderer Professionen (Schulverwaltungsassistenten, Schulsozialarbeiter, Inklusionshelfer, Psychologen, Therapeuten) zu unterstützen. Die Erfahrungen im städteregionalen Pilotprojekt KOBISI (Koordinierungs- und Beratungsstelle für schulische Inklusionshilfe) sprechen dafür, dass die Koalition damit den richtigen Weg einschlägt. Durch den Einsatz nicht-lehrender Fachkräfte (hier systemisch verankerte Inklusionshilfen) an 13 Schulen des gemeinsamen Lernens in der Städteregion Aachen werden die Lehrkräfte für ihre pädagogische Kernaufgabe entlastet. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler. Sie gewinnen Lernzeit. Ich schlage vor, dass das Land bedarfsdeckend Landesstellen für **multiprofessionelle Teams** zur Verfügung stellt oder die Inklusionspauschale für nicht-lehrendes Personal entsprechend erhöht. Die Eckdaten der multiprofessionellen Ausstattung an Schulen sollte ein in staatlich-kommunaler Zusammenarbeit entwickeltes und gemeinsam getragenes Konzept festhalten. Anbei füge ich weitere Informationen zum Projekt KOBISI zu Ihrer gefälligen Kenntnisnahme bei. In Ihrem Hause liegen diese bereits Herrn Dr. Christoph Schürmann aus der Projektgruppe Inklusion vor, der im April 2017 an der Aachener Zukunftswerkstatt Schulische Inklusion teilgenommen hat.

Um ein **Förderschulangebot in der Nordeifel** erhalten und allen Schülerinnen und Schülern, für die die Regelschule nicht der geeignete Lernort ist, auch zukünftig ein gesichertes ortsnahe Beschulungsangebot machen zu können, brauchen wir pragmatische Lösungen. Innerhalb des gültigen Rechtsrahmens können diese kaum entwickelt werden. Ich setze deshalb darauf, dass die Ministerin Freiheiten bei der Gestaltung innovativer Schulkonzepte für die Schulversorgung in der ländlichen Eifelregion eröffnet. Sofern das Ministerium der Initiative der Städteregion Aachen reale Chancen einräumt, bin ich bereit, den Schulverband bei der Entwicklung eines pädagogisch machbaren und ressourcengerechten Konzepts für einen Schulversuch zu unterstützen. Im Kern geht es darum, kooperative Schullösungen zwischen dem Förderschulstandort und den inklusiven Regelschulen in der Nordeifel auf den Weg zu bringen. Mit Blick auf den Besuch der Ministerin in Simmerath am 25.10.2015, bei dem die Zukunft der Förderschule Nordeifel auf der Tagesordnung steht, übersende ich Ihnen in der Anlage unser der Schulverbandsversammlung am 10.07.2017 vorgelegtes Ideenpapier.



Eigenverantwortlich arbeitende Schulen, wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, brauchen eine verlässliche pädagogische, organisatorische und rechtliche Beratung. Um passgenaue Lösungen für die aktuellen Herausforderungen von Inklusions- und Integrationsfragen und des Digitalisierungsprozesses mit allen kommunalen Akteuren optimal steuern zu können, sollte die Ebene der orts- und sachkundigen Schulämter mit weitergehenden Zuständigkeiten im Sinne einer **schulformübergreifenden Schulaufsicht** ausgebaut werden.

Der im September 2016 aktualisierte Runderlass hat die Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für den **Schulbesuch im Ausland** konkretisiert. Die an die europäische und grenzüberschreitende Lebenswirklichkeit angepassten Rechtsgrundlagen ermöglichen der Verwaltung schon heute, die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern mit internationaler Berufsmobilität zu berücksichtigen und die Interessen von Familien zu beachten, die grenzüberschreitend wohnen und arbeiten. Schülerinnen und Schülern, die eine Schule im Nachbarland mit nachweislich überwiegend deutschsprachigem Unterrichtsangebot besuchen möchten, können ebenfalls bereits im bestehenden Rechtsrahmen von der deutschen Schulpflicht befreit werden. Gesetzlicher Auftrag ist die Integration. Gerade im Primarbereich müssen besonders wichtige Gründe vorliegen, die der Schulpflicht in Deutschland vorgehen. Die Internationalität von Familien allein wird nicht als Ausnahmetatbestand gewertet. In diesem Kontext könnten auf der Basis zwischenstaatlicher Abkommen durch die Bezirksregierung geprüfte/zertifizierte Schulen in Belgien und den Niederlanden identifiziert werden, deren Besuch automatisch eine Befreiung von der Schulpflicht in Deutschland ermöglicht.

Der Fortsetzung unseres guten Dialogs sehe ich entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Etschenberg

Anlage:

- 1.) Informationen zum Projekt KOBSI
- 2.) Ideenpapier Schulverbandsversammlung Förderschule Nordeifel



StädteRegion Aachen · 52090 Aachen

Ministerium für Schule und Bildung  
Frau Ministerin  
Yvonne Gebauer  
Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

**Der Städteregionsrat**

**Dezernat V**  
Dezernat für Bildung,  
Jugend und  
Strukturentwicklung

**Dienstgebäude**  
Zollernstraße 10  
52070 Aachen

**Telefon Zentrale**  
0241 / 5198 - 0

**Telefon Durchwahl**  
0241 / 5198 - 2130

**Telefax**  
0241 / 5198 - 82130

**E-Mail \***  
markus.terodde@  
staedteregion-aachen.de

**Auskunft erteilt**  
Herr Terodde

**Raum**  
C 144

**Aktenzeichen**  
(bitte immer angeben)

**Datum**  
28.06.2019

**Telefax Zentrale**  
0241 / 53 31 90

**Bürgertelefon**  
0800 / 5198 000

**Internet**  
[www.staedteregion-aachen.de](http://www.staedteregion-aachen.de)

**Bankverbindungen**  
Sparkasse Aachen  
IBAN  
DE21 3905 0000 0000 3042 04  
BIC AACSD33XXX

Postbank  
IBAN  
DE52 3701 0050 0102 9865 08  
BIC PBNKDEFFXXX

**Erreichbarkeit**  
Buslinien 3, 7, 11, 13,  
14, 21, 27, 31, 33, 34, 36, 37,  
51, 54, SB 63 bis Haltestelle  
Normaluhr. Ca. 5 Minuten  
Fußweg vom Hauptbahnhof.

**\* Elektronischer Zugang zur  
StädteRegion Aachen**  
Bitte beachten Sie die Hinweise  
unter [www.staedteregion-aachen.de/eZugang](http://www.staedteregion-aachen.de/eZugang)

Seite 1 von 4

Lehrerversorgung an Grundschulen in der Städteregion Aachen

Sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

im Juli 2017 haben Sie als Ministerin für Schule und Bildung Verantwortung übernommen.

Zu Ihren Aufgaben zählen Sie an oberster Stelle „die Sicherung und Weiterentwicklung eines qualitativ hochwertigen, zukunftsgerichteten, international konkurrenzfähigen Bildungsangebotes in Schulen“. Das ist auch uns, den Verantwortlichen in der Schul- und Bildungslandschaft der Städteregion Aachen ein zentrales Anliegen. Deshalb hat es uns gefreut, dass Sie schon zu Beginn Ihrer Amtszeit das drängende Problem des Lehrermangels an Grundschulen in den Blick genommen und erste Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht haben.

Wir teilen die Überzeugung, dass Unterrichtsausfall mit allen Mitteln, d.h. zunächst auch durch den Einsatz von Lehrkräften anderer Fachrichtungen, durch Seiteneinsteiger und Vertretungskräfte aufgefangen werden muss.

Die Erfahrung aus der aktuellen Stellenbesetzung an den Grundschulen in der Städteregion Aachen zeigt gleichzeitig aber auch den besonderen Ernst der Lage auf: Die Mehrzahl der neuen Lehrkräfte, die zum 01.05.2019 an einer der 88 öffentlichen Grundschulen in der Städteregion begrüßt werden konnte, ist nicht grundständig im Grundschullehramt ausgebildet, sondern hat eine Lehrbefähigung für die Sekundarstufe II.

Das Problem des Lehrermangels wird sich in den nächsten Jahren landesweit drastisch verschärfen. Absehbar ist, dass die Grundschulbevölkerung in der StädteRegion in den kommenden fünf Schuljahren um 2.000 Schülerinnen und Schüler anwächst, während sich ein Drittel der Grundschullehrerinnen und -lehrer, die derzeit an unseren Schulen unterrichten, in spätestens 15 Jahren im Ruhestand befindet. Diese Lücke wird ohne zusätzliche Anstrengungen des Landes nicht aufzufangen sein. Die beiliegende Ausführung zum aktuellen Lehrkräftemangel und zur Entwicklung der Lehrkräfteversorgung an den Grundschulen in der Städtereion Aachen ist besorgniserregend:

- Nur 48 von 138 ausgeschriebenen Stellen konnten besetzt werden (das ist deutlich unter dem Landesdurchschnitt).
- Zum neuen Schuljahr 2019/2020 sind 85 vakante Stellen an Grundschulen in der Städtereion Aachen zu besetzen.
- Der Vertretungsreservepool ist aktuell nur noch mit fünf (!) Stellen besetzt (von 27).
- Mehr als 70 „Lehrkräfte ohne Lehramt“ unterrichten (zum Teil in der Klassenleitung) ohne pädagogisch-didaktische Qualifizierung.

Diese Zahlen verdeutlichen den akuten Handlungsbedarf. Die Unterrichtsversorgung und die Qualität des Unterrichts stehen auf dem Spiel.

Praktikable Handlungsoptionen liegen aus regionaler Sicht zum Beispiel bei der Einbindung der Rheinisch-Westfälisch Technischen Hochschule (RWTH). Zwar fehlt der Bildungsregion Aachen bei der Konkurrenz um Lehrkräfte der sogenannte „Klebeeffekt“ von Hochschulstandorten, die das Grundschullehramt anbieten. Auf der anderen Seite verlassen viele Absolventen von Überhanglehrämtern und Überhangfächern im Sek-II die RWTH Aachen mit deutlich schlechteren Berufsaussichten. Für sie stellt eine Umorientierung in die Grundschule eine Chance dar. Sie ist dann attraktiv, wenn ein entsprechendes Qualifizierungsangebot mit der erleichterten Erweiterung der Lehramtsbefähigung und einer angehobenen Besoldung einhergeht.

Außerdem erwarten wir ein staatliches Angebot für die Qualifizierung der zum Teil schon seit Jahren befristet eingestellten Vertretungskräfte, die keinerlei pädagogische Ausbildung haben. Dies insbesondere, dass vor dem Hintergrund der anstehenden Entwicklungen viele dieser sogenannten „Nichterfüller“ absehbar eine unbefristete Anstellung erhalten werden. Mangels eines Angebotes durch das Land und in Anbetracht der enormen Nachfrage durch die Betroffenen selbst, ist ein Pilotprojekt von einem regionalen Förderverein mit Unterstützung des städteregionalen Schulamtes und des Bildungsbüros initiiert worden, in welchem die 30 Teilnehmenden 30 Unterrichtsstunden auf freiwilliger Basis u.a. zu den Themen Lehrpläne, Pädagogik und Schulrecht erhalten. Solche Formate gilt es seitens des Landes anzubieten.

Die Erfahrung aus zehn Jahren Bildungsregion zeigt: regionale Bildungsarbeit gelingt nur in kommunal-staatlicher Zusammenarbeit. Die zehn Kommunen in der Städteregion Aachen arbeiten seit Jahren in sehr guter Kooperation und Abstimmung im Bildungsbereich zueinander. Die Verwaltung StädteRegion Aachen setzt sich durch den Auf- und Ausbau eines engagierten Angebotes mit hohem freiwilligen Engagement und unterstützt durch die städteregionsangehörigen Kommunen dafür ein, die pädagogische Arbeit an Schulen durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des regionalen Bildungsnetzwerks weiter zu stärken. Über die in vielen Fällen erfahrene Unterstützung und Kooperation mit der unteren und oberen Schulaufsicht wissen wir wichtige und gemeinsame Partner an unserer Seite. Für dieses gemeinsame Engagement sprechen wir Ihnen unseren Dank aus. Gemeinsam schaffen wir mehr Bildungsgerechtigkeit und verbessern individuelle Bildungschancen.

Von Ihnen als zuständige Landesministerin erwarten wir, dass Sie Ihren Teil in der Verantwortungsgemeinschaft leisten und weitere Akutmaßnahmen zur Verbesserung der Lehrerversorgung an den Schulen umsetzen. Mit dem beigefügten Papier möchten wir Ihnen entsprechende Vorschläge aus unserer Perspektive unterbreiten.

Gern erklären wir uns als kommunal Verantwortliche bereit, in dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortung ebenfalls unseren Beitrag zu leisten und sehen einem Dialog mit Ihnen gerne entgegen.

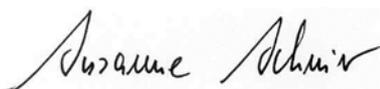
Mit freundlichen Grüßen



Markus Terodde  
Dezernent für Bildung, Jugend und  
Strukturentwicklung der Städteregion  
Aachen



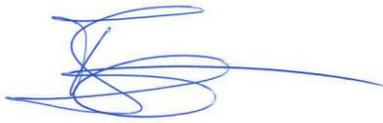
Robert Voigtsberger  
Erster Beigeordneter und Dezernent für  
Jugend, Schule und Soziales der Kupferstadt Stolberg



Susanne Schwier  
Dezernentin für Bildung, Kultur, Schule,  
Jugend und Sport der Stadt Aachen



Manfred Schmidt  
Leitung des Referates Jugend, Schulen  
und Sport der Stadt Alsdorf



Frank Brunner  
Beigeordneter der Stadt Baesweiler



Petra Seeger  
Leitung des Amtes für Schulen, Sport  
und Kultur der Stadt Eschweiler



Hubert Philippengracht  
Erster Beigeordneter und Stadtkämme-  
rer der Stadt Herzogenrath



Sabine Andres  
Leitung Fachbereich III - Personal und  
Organisation, Soziales, Bildung, Bür-  
gerdienste der Stadt Monschau



Dirk Recker  
Leitung Fachbereich III - Bürgerservice  
der Gemeinde Roetgen



Manfred Nellessen  
Leitung der Abteilung für zentrale  
Verwaltungsaufgaben der Gemeinde  
Simmerath



Roger Nießen  
Beigeordneter der Stadt Würselen

In Kopie:  
Ministerpräsident Armin Laschet  
Ministerin für Kultur und Wissenschaft Isabel Pfeiffer-Poensgen

Herrn  
Oberbürgermeister Marcel Philipp  
Rathaus der Stadt Aachen  
Markt  
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

09. Okt. 2019

Nr. 557/17

## Ratsantrag

Aachen, den 08. Oktober 2019

### **Lehrerausbildung für Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder ermöglichen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen bittet, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Oberbürgermeister möge die Ministerin für das Ministerium Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und den Rektor der RWTH Aachen bitten, noch im Jahr 2019 Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die Lehrerausbildung für die Primarstufe, Sekundarstufe I und Sonderpädagogik in Aachen wieder zu ermöglichen.

#### **Begründung:**

Der Lehrermangel zeigt sich in NRW ebenso wie in der Region Aachen. Deshalb hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) auf seiner Tagung Anfang September 2019 in der StädteRegion Aachen eindringlich mehr Studienplätze für neue Lehrer gefordert.

Die Ausbildungen von Lehrern für die Primarstufe, der Sekundarstufe I sowie der Sonderpädagogik standen dabei im Fokus.

Alle politisch Handelnden – so wie die vom Lehrermangel Betroffenen – sind sich einig, dass die Lehrerausbildung gesteigert werden muss, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Ein gutes Steuerungsinstrument für die Stadt Aachen und die Region wäre deshalb, die Lehrerausbildung vor Ort zu intensivieren – auch weil erwiesen ist, dass es bei den Standorten der Lehrerausbildung einen sog. Klebeeffekt gibt, der für die Lehrgewinnung in der Region Aachen wünschenswert und notwendig ist.

Jedoch werden seit Jahren keine Lehrer mehr für die Primarstufe, der Sekundarstufe I sowie der Sonderpädagogik an der RWTH ausgebildet.

Das sollte sich – so schnell wie möglich – wieder ändern!

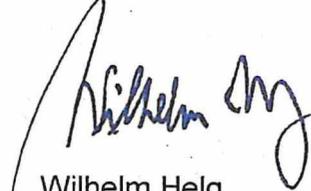
Wir wünschen uns daher, dass auch die RWTH diesem Projekt aufgeschlossen gegenübersteht und – wie in vielen anderen Bereichen – ihren Bildungsauftrag für die Gesamtregion wahrnimmt.

Voraussetzung hierfür ist, dass das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen die vorhandene Hochschulvereinbarung einvernehmlich mit der RWTH ändert.

Die RWTH Aachen könnte dabei zugleich eine in Nordrhein-Westfalen einzigartige Sonderzuständigkeit im Bereich der „Lehrerausbildungsforschung im digitalen Zeitalter“ erhalten.

Diese Forschungseinrichtung an der RWTH Aachen wäre zugleich ein Leuchtturmprojekt in ganz Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg  
Fraktionsvorsitzender



Gretel Opitz  
Sprecherin im Schulausschuss